



## Impulse gegen Rechtsextremismus

### Ist Europa auf dem „rechten“ Weg?

#### Rechtspopulismus und Rechtsextremismus in Europa\*

#### Einleitung

Debatten über rechtsradikale Bewegungen werden in Deutschland überwiegend auf nationaler Ebene geführt. Phänomene wie Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und Rassismus sind jedoch nicht nur in Deutschland, sondern in ganz Europa verbreitet. Um der notwendigen Internationalisierung der Debatte ein wenig näher zu kommen, widmete die Friedrich-Ebert-Stiftung dem Thema „Rechtspopulismus und Rechtsextremismus in Europa“ eine Lunch Discussion.

„Es gibt eine dramatische Ausbreitung antidemokratischer Einstellungen in der Mitte der europäischen Gesellschaften“, sagte *Susanne Stollreiter*, Leiterin des Projekts „Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus“ der Friedrich-Ebert-Stiftung, zu Beginn der Veranstaltung. Diese Entwicklung zeige die kürzlich erschienene Studie „Die Abwertung der Anderen“, die von der Friedrich-Ebert-Stiftung in Kooperation mit der Universität Bielefeld erstellt wurde. Laut der Studie ist rund die Hälfte der Befragten aus acht europäischen Ländern der Ansicht, es gebe zu viele Zuwanderer/-innen in ihrem Land, weshalb die Befragten sich ein nationales Arbeitsplatzvorrecht für Einheimische in Krisenzeiten wünschten. Ebenfalls rund 50 Prozent der Studienteilnehmer/-innen sehen im Islam eine „Religion der Intoleranz“. Ein Drittel der Befragten ist der Meinung, es gebe eine natürliche Hierarchie zwischen Menschen verschiedener Ethnien.



Die Vortragenden waren:

- *Susanne Stollreiter*  
Projektleiterin „Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus“  
Friedrich-Ebert-Stiftung e.V., Berlin
- *Susi Meret*  
Fachbereich Kultur und Globale Studien,  
Universität Aalborg
- *Britta Schellenberg*  
Geschwister-Scholl Institut der  
Ludwig-Maximilians-Universität, München
- *Miquel Angel Ramos Dolz*  
Journalist und Mitarbeiter beim Movimiento Contra  
la Intolerancia, Valencia
- *Prof. Dr. Pal Tamas*  
Direktor des Forschungsinstituts für Soziologie  
Akademie der Wissenschaften, Budapest

Dieses Projekt wird gefördert von:



\* Zusammenfassung der Lunch Discussion der Friedrich-Ebert-Stiftung am 31.8.2011 in Berlin

Ansichten wie diese bildeten einen fruchtbaren Nährboden für Rechtsextremismus und Rechtspopulismus, so *Stollreiter*. Gerade in Zeiten der Wirtschafts- und Finanzkrise versuchten rechtsradikale Akteure in Europa, die Ängste vieler Bürger/-innen für ihre Sache zu benutzen. Komplexe gesellschaftspolitische Herausforderungen würden durch einfache, populistische Antworten vermeintlich gelöst. Mit dieser Taktik haben die Rechten Erfolg: Bei der Europawahl 2009 zogen 29 Mandatsträger der radikalen Rechten ins Europaparlament ein. Auch bei nationalen Wahlen, etwa in Schweden, Dänemark, den Niederlanden, Österreich und Ungarn, waren die rechten Parteien erfolgreich.

Ist Europa auf dem „rechten“ Weg? Welche Gefahr geht von rechtspopulistischen und rechtsextremistischen Bewegungen in Europa aus? Wie treten ihre Protagonisten/-innen auf und wie sind sie organisiert? Welche Strategien und Themen tragen zu ihrem Erfolg bei? Diese Fragen diskutierten Experten/-innen aus verschiedenen europäischen Ländern bei einer Lunch Discussion der Friedrich-Ebert-Stiftung, um Gemeinsamkeiten und Unterschiede der radikalen Rechten in Europa herauszuarbeiten und sich über mögliche Gegenstrategien auszutauschen.

## Europäischer Rechtsradikalismus: Ein Überblick

Einen einführenden Überblick über Rechtsradikalismus in Europa gab *Britta Schellenberg*, Mitarbeiterin am Zentrum für angewandte Politikforschung und Lehrbeauf-



*Britta Schellenberg, Mitherausgeberin des Sammelbandes „Europa auf dem ‚rechten‘ Weg?“*

tragte am Geschwister-Scholl-Institut für Politikwissenschaften der Ludwig-Maximilians-Universität München. Sie stellte die Publikation „Europa auf dem ‚rechten‘ Weg?“ vor, die wissenschaftliche Analysen der Erscheinungsformen der „radikalen Rechten“ in Europa enthält.

Auch wenn Rechtsradikalismus national und regional unterschiedliche Ausdrucksformen hat, lassen sich Gemeinsamkeiten bei den behandelten Themen und den verfolgten Strategien sowie in Entstehungsursachen und Erfolgsbedingungen erkennen.

## Gemeinsamkeiten der radikalen Rechten in Europa

Drei Mobilisierungsstrategien der radikalen Rechten hält *Schellenberg* vor dem Hintergrund einer europäischen Diskussion für besonders relevant. Die rechtsradikalen Akteure versuchten,

1. soziale Probleme für sich zu nutzen,
2. die etablierten politischen Akteure als per se korrupt darzustellen und
3. eine nationale Identitätszuschreibung als attraktiv zu erklären.

Diese drei Aspekte könnten als gemeinsame Erfolgsfaktoren rechtsextremer und rechtspopulistischer Akteure in Europa benannt werden. Dabei profitiere die radikale Rechte von drei aktuellen gesellschaftspolitischen Krisen, allesamt Ausdruck unbewältigter Probleme in den gegenwärtigen Demokratien: einer Verteilungs- und Zugangskrise, einer Repräsentationskrise der Politik sowie einer Identitätskrise. Über diese Krisen seien die drei Mobilisierungsstrategien miteinander verbunden, so *Schellenberg*.

## Radikale Rechte als Verteidiger „sozialer Fragen“ – Folge einer Verteilungs- und Zugangskrise

Die radikale Rechte in Europa geriert sich oftmals als Verteidiger sozialer Fragen, wobei sie die Verteilungs- und Zugangskrise für ihre nationalistische Argumentation zu nutzen versucht. Indem sie die gegenwärtige Gesellschaft als unsozial und ungerecht bezeichnet, will die radikale Rechte die Verlierer/-innen sozialer und wirtschaftlicher Veränderungsprozesse als Wähler/-innen gewinnen, also jene Bürger/-innen, denen in den Bereichen Arbeit, Einkommen, Prestige oder Bildungszugang Einbußen und Nachteile drohen oder bereits widerfahren sind. So in-



Marine Le Pen während der jährlichen Parteiveranstaltung zum Gedenken an Jeanne d'Arc in Paris

strumentalisieren die rechten Bewegungen die Abstiegs- und Verlustängste breiter Bevölkerungsschichten für ihre eigenen Zwecke.

Dabei präsentiert sich die radikale Rechte laut *Schellenberg* meist als Fürstreiter des Sozialstaats, den sie allerdings auf die ethnisch-nationale Bürgerschaft beschränken will. Insbesondere in den nordischen Ländern, in denen soziale Gerechtigkeit traditionell ein hoher Wert ist, kritisiert die radikale Rechte offensiv den aktuellen Abbau des Sozialstaates, der in den 1950er- und 1960er-Jahren zu Zeiten hoher Erwerbstätigkeit und starkem gesellschaftlichen Zusammenhalt aufgebaut worden war. Damals, so die Rechtsradikalen, sei die nationale Solidarität nur möglich gewesen, weil es kaum Migranten/-innen in der Gesellschaft gegeben habe. Einige rechte Parteien, so Schellenberg, bezeichneten sich sogar als „Partei der Arbeiterklasse“, ganz nach ihrem politischen Banner, der angeblichen Verteidigung des Sozialstaats. Während die radikale Rechte in Westeuropa vor allem Menschen aus den unteren sozialen Schichten erreichen will, sind die Zielgruppen der radikalen Rechten in Osteuropa breiter und reichen bis in die Mittelschicht.

*Schellenberg* machte darauf aufmerksam, dass es einen Zusammenhang zwischen subjektiver Deprivation, dem subjektiven Gefühl der Benachteiligung, und rechtsradikaler Orientierung gibt. Das Gefühl, benachteiligt zu sein, habe bei vielen Bevölkerungsgruppen eine reale Basis, zum Beispiel weil sie wirtschaftliche Einbußen oder einen sozialen Prestigeverlust erleiden. Teile dieser benachteiligten Gruppen, die in Westeuropa traditionell links wählen, bewegten sich gegenwärtig in Richtung radikale Rechte. Der aktuelle Erfolg rechtsradikaler Parteien

sei somit auch ein Produkt der Verteilungs- und Zugangs-krise: Viele Bürger/-innen sähen sich nicht nur ökonomisch benachteiligt, sondern empfänden sich in mehr und mehr Lebensbereichen als Ausgeschlossene, zum Beispiel bezüglich des Zugangs zu und der Teilhabe an Kultur, Bildung und Information.

### Radikale Rechte als Anwältin der „kleinen Leute“ – Folge einer Repräsentationskrise der Politik

Die radikale Rechte inszeniert sich laut *Schellenberg* auch als Anwältin der „kleinen Leute“, indem sie ihre Argumentation auf einer Repräsentationskrise der Politik aufbaut. Die Rechten behaupten, dass die Bürger/-innen in den gegenwärtigen europäischen Demokratien nicht mehr von den Regierenden vertreten, sondern von ihnen betrogen würden: Die etablierten Politiker/-innen seien elitär, verlogen und korrupt.

Die radikale Rechte fordert dagegen eine autoritäre Führung: Um die Interessen des Volkes durchzusetzen, müsse hart durchgegriffen werden – gegen Parteienfilz, „kriminelle Ausländer“ oder „Sozialschmarotzer“, die die gängigen Feindbilder darstellen. Einige Politiker/-innen der radikalen Rechten (wie z. B. der Franzose Jean-Marie Le Pen) entwerfen als Vision eine Art autoritären Polizeistaat, in dem Fragen der Sicherheit und des Kampfes gegen politische Laschheit im Mittelpunkt stehen. Die radikale Rechte präsentiert sich in diesem Argumentationsmuster als Stimme des Volkes und des „einfachen Mannes“. Unterstrichen wird dieses Politikverständnis mit teilweise geschickt inszenierten Volksbegehren (z. B.

für ein Minarettverbot in der Schweiz) und Plädoyers für mehr direkte Demokratie und weniger Parlamentarismus, was sich zum Beispiel in Kampagnen gegen Islam und Muslime, insbesondere gegen Moscheebauten, manifestiert.

Dabei gebe es allerdings deutliche Unterschiede zwischen West- und Osteuropa, sagte Schellenberg in ihrem Vortrag. Die radikale Rechte in den jungen osteuropäischen Demokratien beziehe sich aufgrund ihrer Traditionen meist auf autoritäre Politikkonzepte aus der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Dagegen inszeniere sich die radikale Rechte in den alten Demokratien mitunter als „wahre Vertreterin“ der demokratischen Traditionen und Werte ihres Landes.

Mit der Kritik an den gegenwärtigen Demokratien könne die radikale Rechte viele Wähler/-innen gewinnen, die sich als Verlierer des derzeitigen gesellschaftlichen Wandels betrachten, darunter überdurchschnittlich viele Männer und junge Menschen. Letzteres könne auch darauf zurückgeführt werden, dass Rechtsextreme und Rechtspopulisten die neuen Medien zur Verbreitung ihrer Ideen einsetzen. Die sogenannten „angry young men“ suchen mögliche Vorbilder häufig im Netz, was von zahlreichen rechtsradikalen Blogs, Foren, Websites und Computerspielen bedient wird – eine Melange, die zum Beispiel auch beim rechtsradikalen Attentäter Anders Breivik in Norwegen in furchtbarer Weise zum Tragen gekommen ist.

Laut *Schellenberg* bedroht die radikale Rechte mit dieser Strategie nicht nur die traditionellen demokratischen Institutionen und ihre Träger, sondern führt auch zu einer

Untergrabung der Demokratie an sich. Vordergründig gehe es um das Verächtlichmachen von Politiker/-innen und politischen Parteien, doch bestehe das tiefer liegende Problem darin, dass ein „Unwohlsein gegenüber der Demokratie selbst“ gefördert werde.

Durch die pauschale Abwertung der Politik nähren Rechtsradikale antiparlamentarische Gefühle und nutzen den spätestens dann vorhandenen Frust gegen die Politik für ihre antidemokratischen Zwecke.

### Radikale Rechte als „Sinnstifter“ – Folge einer Identitätskrise

Die radikale Rechte in Europa inszeniert sich laut *Schellenberg* auch als „Sinnstifter“ für breite Bevölkerungsschichten, die sich in Zeiten rapiden gesellschaftlichen Wandels und steigender Vielfalt in einer globalen Welt in ihrer Identität verunsichert und überfordert fühlen. Die Rechten nehmen diese Verunsicherung oftmals auf und offerieren – durch die Überhöhung von Begriffen wie „Nation“ und „Volk“ – die ethnisch homogene Gesellschaft als Identifikationsmöglichkeit. Dieses Angebot ist mit dem Versprechen verbunden, soziale, gesellschaftliche und individuelle Probleme durch einen Ausschluss der „Anderen“ und „Fremden“ zu lösen.

Gemäß dieser Abgrenzungstheorie muss alles „Fremde“ ausgeschlossen werden, um das Überleben der eigenen Nation und damit des eigenen Selbst zu sichern.

Ein Blick auf verschiedene europäische Länder zeigt, dass die Vorstellung, was als „fremd“ wahrgenommen wird,



Plakat der Schweizerischen Volkspartei (SVP) gegen die Ausweitung der Arbeitserlaubnis für EU-Bürger in der Schweiz

unter anderem mit dem Zeitgeist variiert. Die Exklusion von Menschen, die anderen Ethnien oder Religionen, aber auch bestimmten gesellschaftlichen Randgruppen angehören (z.B. Behinderte, Obdachlose oder Arbeitslose), gehört allerdings immer zum Grundprinzip. Die rechtsextreme französische Partei Front National erkannte schon früh die große Bedeutung des Themas „Identität“ für die radikale Rechte in Frankreich und propagierte die „weiße Rasse“ als Kernkonzept ihrer Ideologie.

In Westeuropa gilt der radikalen Rechten heute vor allem das Muslimische als „das typisch Fremde“. Antisemitismus ist zwar weiterhin ein wichtiges Kernelement der rechten Ideologie, hat jedoch sehr unterschiedliche Ausdrucksformen und ist in manchen rechtsradikalen Strömungen weniger präsent. Einige rechtspopulistische Parteien in Westeuropa nähern sich aufgrund der vermeintlich gemeinsamen Gegnerschaft zum Islam sogar Juden bzw. dem Staat Israel an.

In Osteuropa sind die „Feindgruppen“ in der Regel anders und breiter gefasst als in Westeuropa, der Hass ist häufig aggressiver und richtet sich vornehmlich gegen Juden, ethnische Minderheiten und Homosexuelle. Diese Verschiebung des Feindbildes im Vergleich zu westeuropäischen Rechten sei möglicherweise auf die Verlusterfahrungen im gesellschaftlichen Transformationsprozess von autoritären Diktaturen zu Demokratien zurückzuführen, sagte *Schellenberg*. Zudem seien die Ängste gegenüber einer globalisierten Welt in osteuropäischen Ländern weiter verbreitet und die Identitätskrise meist noch stärker ausgeprägt als im Westen.

## Rechtsradikalismus als europäisches Phänomen

Rechtsradikalismus ist in Europa ein verbreitetes Phänomen, das teilweise gemeinsame Entstehungsursachen hat. Bei der letztlichen Ausprägung und Entwicklung des Phänomens spielen der politische Kontext, historische Entwicklungen und aktuelle gesellschaftspolitische Veränderungsprozesse eine wesentliche Rolle. Eine Betrachtung der Besonderheiten des Rechtsradikalismus in einzelnen europäischen Staaten kann wichtige Erkenntnisse über die verschiedenen Facetten des Phänomens bringen.

## Spanien: Rechtsextremismus stark verbreitet, Rechtspopulismus im Aufwind

Über die radikale Rechte in Spanien berichtete während der Lunch Discussion der Journalist *Miquel Ramos Dolz*, der für die spanische Nichtregierungsorganisation „Bewegung gegen die Intoleranz“ (Movimiento contra la Intolerancia, MCI) tätig ist.

Spanien ist eine noch relativ junge Demokratie, deren historische Entwicklung eine Ausbreitung rechtsradikaler Strömungen begünstigt hat. Das faschistische Franco-Regime endete 1975 mit dem Tod des Diktators, doch sein politisches Erbe in Spanien wirkt bis heute fort. Während des demokratischen Umbruchs blieben zahlreiche einflussreiche Positionen von alten Franco-Kadern besetzt, was eine umfassende Aufarbeitung der Diktatur erschwerte. Zudem sind nach dem Zweiten Weltkrieg einige Nazi-Größen nach Spanien geflüchtet, die zu Zeiten der Franco-Diktatur neue Anhänger/-innen rekrutieren und den rechtsextremen Nachwuchs fördern konnten.

Auch darauf ist laut *Ramos* zurückzuführen, dass es im gegenwärtigen Spanien eine relativ große, teilweise gewaltbereite Neonazi-Szene gibt, die auch öffentlich in Erscheinung tritt. Das MCI registriert in seinem jährlichen Bericht zu Rassismus und Fremdenfeindlichkeit zahlreiche Gewalttaten und andere Vorfälle mit rassistischem, rechtsextremen, homophobem oder antisemitischem Hintergrund.

Zudem sind in Spanien viele rechtsextreme Gruppierungen und Parteien aktiv. Dazu gehört die Partei „España 2000“, die unter polizeilicher Beobachtung steht, weil sich Parteimitglieder in der Vergangenheit an bewaffneten Auseinandersetzungen beteiligt haben. Die „Nationale Allianz“ (Alianza Nacional, AN) ist eine relativ neue, rechtsextremistische Partei mit einem offen faschistischen Programm, das Ideen von „Nation“ und „Rasse“ mit sozialistischen Wirtschaftsvorstellungen verbindet. Rechtsextreme Parteien agieren in Spanien jedoch bisher am politischen Rand und sind bei Wahlen wenig erfolgreich. Bisher hat es keine rechtsextreme Partei ins spanische Parlament geschafft.

Bis Ende der 1990er-Jahre waren alle rechtsextremen Parteien mehr oder weniger franquistische Parteien, die

an die Traditionen der untergegangenen Franco-Diktatur anknüpfen. Lange Zeit existierten keine rechtspopulistische Parteien in Spanien. Erst seit den 1990er-Jahren gibt es mehrere rechtspopulistische Parteien, die sich jedoch aufgrund unterschiedlicher Vorstellungen bislang nicht zu einer großen Bewegung zusammenschließen konnten.

Dabei gäbe es eine durchaus große Anhängerschaft für eine solche rechtspopulistische Bewegung, so *Ramos*. Laut einer Umfrage waren 2008 etwa 77 Prozent der Spanier/-innen der Meinung, es gebe zu viele Einwanderer; 60 Prozent forderten, Spanier/-innen müssten am Arbeitsmarkt bevorzugt werden.

Trotz Sympathien in der Bevölkerung waren rechtspopulistische Parteien bislang nur regional erfolgreich. Dies wird am Beispiel Kataloniens deutlich, wo die „Plattform für Katalonien“ (Plataforma per Catalunya, PxC) bei den Regionalwahlen 2010 75.321 Stimmen erhielt – der größte Erfolg einer Rechtspartei seit Mitte der 1970er-Jahre. Der Einzug ins Parlament gelang PxC mit 2,42 Prozent der Stimmen jedoch nicht. Die „Plattform“ konnte jedoch in kurzer Zeit ihre Stimmen vervielfachen und ist nun in sieben Kommunalparlamenten vertreten. Sie ist radikal ausländerfeindlich, insbesondere antiislamistisch, und hat sich mit anderen rechten Parteien in Europa vernetzt (z. B. Freiheitliche Partei Österreichs FPÖ, Front National).

Der größte Erfolg rechtspopulistischer Parteien – und die größte Gefahr für den demokratischen Rechtsstaat – liegt nach Ansicht von *Ramos* in der „Verschmutzung des

politischen Klimas“, d. h. wenn die etablierten Parteien dem rechtspopulistischen Kurs folgen und ihn kopieren, um Wählerstimmen zu gewinnen. So nutzten zum Beispiel sozial- und christdemokratische Parteien teilweise die gleichen Argumente gegen Muslime oder Sinti und Roma wie die Rechtspopulisten.

*Ramos* kritisierte in seinem Vortrag die Untätigkeit des spanischen Staates gegen rechtsextreme Aktivitäten und das Nichteinhalten des EU-Rahmenbeschlusses zur Bekämpfung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit. So gebe es in Spanien keine offiziellen Statistiken über rechtsextreme oder rassistische Gewaltvorfälle und Straftaten. Die Medienlandschaft sei von rechtsextremen Tendenzen durchdrungen, selbst offen extremistische Rechte könnten ungehindert vom Staat Demonstrationen und andere Veranstaltungen durchführen. Rechtsextreme Propaganda sei an sich nicht strafbar, sondern nur rechtsextreme Gewalttaten oder der Aufruf dazu. Es sei sehr gravierend, so *Ramos*, dass der Staat das Problem Rechtsradikalismus nicht angemessen anerkenne und bekämpfe.

### Dänemark: Rechtspopulisten/-innen als Unterstützer der Regierung

*Susi Meret*, Lehrbeauftragte am Fachbereich Kultur und Globale Studien an der Universität Aalborg/Dänemark, erklärte in ihrem Vortrag bei der Lunch Discussion, dass eine Konstellation im dänischen Parlament der radikalen Rechten einen starken politischen Einfluss in Dänemark ermöglicht habe.



Neonazi-Kundgebung in Dänemark

2001 konnten die Rechtspopulisten/-innen der „Dänischen Volkspartei“ (Dansk Folkeparti, DF) in das dänische Parlament (Folketing) einziehen. Als Mehrheitsbeschafferin einer liberal-konservativen Minderheitsregierung hatte sie die Möglichkeit, zehn Jahre lang die dänische Regierungspolitik, insbesondere die Migrationspolitik, maßgeblich zu beeinflussen, ohne politische Verantwortung zu übernehmen. Dies habe die politische Kultur in Dänemark erheblich verändert, so *Meret*.

Die DF war 1995 aus der dänischen „Fortschrittspartei“ (Fremskridtsparti) hervorgegangen, die sich in den 1970er-Jahren gebildet hatte und sich populistisch vor allem gegen das „Establishment“ und gegen Besteuerung richtete. Die Partei konnte bereits wichtige Segmente der Wählerschaft für rechtspopulistische Ideen mobilisieren, indem sie vor dem Hintergrund der zunehmenden Einwanderung in Dänemark ab Mitte der 1980er-Jahre eine migrationsfeindliche Position einnahm.

Einen klar gegen Immigration gerichteten Kurs etablierte aber erst die „Dänische Volkspartei“, die von Fraktionsmitgliedern der „Fortschrittspartei“ gegründet worden war. Die Partei gab sich ein stark national geprägtes Profil und stellte ethnische Identität und Volkszugehörigkeit in den Mittelpunkt. Der Verlust nationaler Souveränität im Zuge der europäischen Einigung und die Entwicklung zu einer multiethnischen und multikulturellen Gesellschaft werden als die größten Bedrohungen benannt. Einwanderung wird als schleichende Gefahr für die dänische Nation und ihre Kultur gesehen, der Islam als fundamentale Bedrohung der westlichen Kultur und ihrer Werte betrachtet.

In der zweiten Hälfte der 1990er-Jahre gewann die „Volkspartei“ zunehmend die Unterstützung der dänischen Wähler/-innen. Der Durchbruch erfolgte 1998 bei den Parlamentswahlen, als die Partei 7,4 Prozent der Stimmen erhielt. Von da an verfolgte sie eine Strategie der politischen „Normalisierung“, um ihren Einfluss auf die dänische Politik möglichst stark auszubauen. Um eine glaubwürdige Alternative zu den etablierten Parteien darzustellen und eine aktive Rolle im Parlament zu spielen, musste die DF den rechten politischen Rand verlassen. Mitglieder, die eine andere Meinung als die Parteiführung vertraten oder auf Extrempositionen verharren, wurden konsequent ausgeschlossen.

Bei der Parlamentswahl 2005 legte die Partei weiter zu und kam auf 13,3 Prozent der Wählerstimmen. Der politisch entscheidende Punkt war laut *Meret*, dass sich die konservativ-liberalen Parteien auf die Unterstützung ihrer Regierung durch die DF einließen. Damit trugen sie zu einer Legitimierung der Rechtspopulisten bei, die nun öffentlich von Außenseitern zu anerkannten politischen Akteuren der dänischen Politiklandschaft avancierten.

Laut *Meret* kann die DF programmatisch der „populistischen Rechten“ zugeordnet werden, die in Bezug auf Rechtsstaat und Einwanderung die radikalste Haltung unter den politischen Parteien Dänemarks einnimmt. Allerdings sei sie nur in der Wertedimension radikal, nicht in der ökonomischen Dimension, sagte *Meret*. Auf wirtschaftlicher Ebene sieht sich die Partei als Bewahrerin des Sozialstaats und der Demokratie und inszeniert sich als „wahrhafte Vertreterin“ sozialdemokratischer Werte.

Die Wählerschaft der „Dänischen Volkspartei“ ist relativ stabil. Umfragen zufolge gehören die Wähler/-innen überwiegend zur Arbeiterklasse bzw. zur unteren sozialen Schicht und haben ein eher geringes Bildungsniveau. Die Profilierung der DF als Arbeiterpartei ging laut *Meret* eindeutig auf Kosten der sozialdemokratischen Partei, die viele Anhänger/-innen im Arbeitermilieu verloren hat.

Dieses sozioökonomische Profil ist *Meret* zufolge typisch für die Wählergruppe rechts-populistischer Parteien in den nordischen Ländern, in denen es vielfältige Übereinstimmungen in puncto politische Situation gibt. Inhaltliche Gemeinsamkeiten der radikalen Rechten sind Wohlfahrtsstaatschauvinismus, Antislamismus und die Ablehnung von Immigration.

## Ungarn: Rechtspopulistische Partei mit absoluter Regierungsmacht

Politisch entscheidend ist, in welchem Kontext die radikale Rechte agiert: Ob sie in informellen Netzwerken oder im Untergrund arbeitet, im Parlament vertreten ist oder sogar die Regierung stellt, wie es in Ungarn der Fall ist. Darauf verwies *Prof. Dr. Pal Tamas*, Direktor des Forschungsinstituts für Soziologie der Akademie der Wissenschaften in Budapest. *Tamas* skizzierte in seinem Vortrag bei der Lunch Discussion die Problematik, die sich aus der Entwicklung der radikalen Rechten in Ungarn in den vergangenen zwei Jahrzehnten ergeben hat.



Krisztina Morvai, MdEP und Präsidentschaftskandidatin der Partei Jobbik in Ungarn

Nach 1989 trat in Ungarn zunächst die rechtsradikale Partei „Ungarisches Recht und Leben“ (MIÉP) in Erscheinung. Sie wurde 1998 ins Parlament gewählt, verlor dann aber wieder an Einfluss. In der Zwischenzeit gewann die rechtsextremistische Partei Jobbik („Bewegung für ein besseres Ungarn, kurz: „Die Rechte“ oder „Die Bessere“) an Popularität. Sie war 2003 von Akademikern aus dem Hochschulmilieu gegründet worden. Einige der führenden Köpfe waren zuvor in antikommunistischen Studierendenvertretungen aktiv gewesen.

Das Programm der Partei ist stark nationalistisch, antisemitisch und antiziganistisch; Feindbild Nummer 1 sind Sinti und Roma. 2009 zog Jobbik ins Europäische Parlament ein. Bei den ungarischen Parlamentswahlen 2010 erhielt sie knapp 17 Prozent der Stimmen und wurde die zahlenmäßig drittstärkste Partei im ungarischen Parlament. Der eigentliche Gewinner der Parlamentswahlen war aber die Mitte-Rechts-Partei Fidesz, die mit rechtspopulistischen Ideen sehr große Teile der Bevölkerung als Wähler/-innen gewinnen konnte. Fidesz erhielt eine Zweidrittelmehrheit, mit der sie mit absoluter Mehrheit regieren und sogar die Verfassung ändern kann. Dieses Wahlergebnis bedeutete eine gewaltige Machtverschiebung im Parlament zugunsten der rechtsgerichteten Parteien.

Zudem verdeutlichte die Wahl, dass die Zustimmung zu rechtsradikalen Argumenten in der ungarischen Bevölkerung sehr hoch ist. Ungarn ist das einzige Land Europas, das von einer rechtspopulistischen Partei mit absoluter Mehrheit regiert wird. Nun versuche Fidesz, ungelöste

Probleme der europäischen Politik auf der nationalen Ebene mit rechtsradikalen Inhalten zu beantworten, sagte *Tamas*.

Der Erfolg der radikalen Rechten in Ungarn hänge mit der missglückten Transformationsgeschichte des Landes zusammen, so *Tamas*. Nach dem Ende der sozialistischen Diktaturen 1989 habe das neue politische System bedeutend weniger Unterstützung in der ungarischen Gesellschaft genossen als in den anderen jungen Demokratien Osteuropas. Die Transformation zum westlichen Demokratie- und Wirtschaftsmodell sei insofern misslungen, als dass viele Menschen der Ansicht sind, zwar viel Kapitalismus, aber wenig Demokratie bekommen zu haben. Ein großer Teil der Bevölkerung ist laut *Tamas* der Meinung, dass die Verschmelzung der Marktwirtschaft mit der parlamentarischen Demokratie nicht die erhofften Fortschritte gebracht habe. Die Menschen seien unzufrieden und suchten Antworten darauf, warum der Prozess gescheitert sei und die Entwicklung der Länder innerhalb Europas stark unproportional verlaufe.

Die politische Linke gebe den Bürger/-innen keine zufriedenstellenden Antworten auf ihre Fragen, sie finde keine Sprache, um das Scheitern zu erklären und Perspektiven aufzuzeigen. Dieses Defizit nutze die radikale Rechte aus, indem sie in der öffentlichen Debatte auf linke Fragen rechte Antworten gebe. Dadurch könne sie sehr stark die politische Agenda bestimmen, so *Tamas*, während die Linke kaum noch präsent sei. So werde der demokratische Diskurs zunehmend nach rechts verzerrt.

Die aktuelle Wirtschafts- und Finanzkrise hat diese Tendenz laut *Tamas* noch verstärkt – und weitere offene Fragen produziert. Der Sozialstaat wurde in Ungarn in den vergangenen Jahren immer mehr abgebaut. Daran knüpften sich wichtige Fragestellungen an, etwa: Welche Wege sind bei den Veränderungsprozessen demokratisch, welche undemokratisch? Gibt es eine Alternative zur Verteidigung des Sozialstaates? Wie sieht diese Alternative aus?

Die Stärke der radikalen Rechten in Ungarn liegt laut *Tamas* in ihrer Fähigkeit, in Zeiten der Krise und der mangelnden Legitimierung der politischen Ordnung breiten Bevölkerungsschichten einfache Erklärungen für komplexe soziale Probleme zu geben.

## Diskussion: Mögliche Gegenstrategien

In einer Diskussionsrunde tauschten sich die Experten/-innen darüber aus, welche Gegenstrategien zur Bekämpfung der radikalen Rechten in Europa sinnvoll sein könnten.

Die Gegenstrategien sollten verschiedene Ansatzpunkte haben und auf die jeweiligen Akteure abgestimmt werden, sagte *Britta Schellenberg*. „Es gibt ein ganzes Set an Strategien, die man nicht gegeneinander ausspielen darf, sondern die bei der Bekämpfung von Rechtsextremismus und Rechtspopulismus gemeinsam bedacht werden müssen.“

Laut der Diskutanten/-innen ist eine unverzichtbare Voraussetzung wirksamer Gegenstrategien, dass die verschiedenen Entwicklungen und Erscheinungsformen der radikalen Rechten auf europäischer Ebene sehr genau analysiert werden. Trotz wichtiger Gemeinsamkeiten in Europa gebe es viele Unterschiede zwischen den einzelnen Ländern, wie die Einzeldarstellungen deutlich gemacht hätten. Diese Differenzen ergäben sich aus den unterschiedlichen Kontextstrukturen, beispielsweise geschichtlichen Traditionen und politischen Kulturen, und aus den Positionen und Umgangsformen von Staat und Gesellschaft gegenüber rechtsradikalen Tendenzen.

Konkrete Gegenstrategien müssten somit immer die besondere Situation in dem jeweiligen Land berücksichtigen. Allerdings gebe es einige essentielle generelle Punkte, die man beachten sollte, um dem Rechtsradikalismus auf europäischer Ebene etwas entgegensetzen zu können.

## Politische Lösungen für Krisenerscheinungen europäischer Demokratien

Als eine wesentliche Ursache für die Herausbildung und Stärkung der radikalen Rechten nannten die Diskutanten/-innen die aktuellen Krisenerscheinungen in den europäischen Demokratien, die Verteilungs- und Zugangs-krise, die politische Repräsentationskrise und die Identitätskrise. Die mit den Krisen verbundenen Probleme, wie z. B. mangelnde Chancengerechtigkeit, müssten von den demokratischen Kräften gemeinsam offen thematisiert werden, um im gesellschaftlichen Diskurs konstruktive Lösungen entwickeln zu können.

Beispielhaft wurde das Thema Einwanderung angeführt. Die demokratischen Parteien in Europa, von den Konservativen bis hin zu den Linken, hätten sich dem Thema bisher nicht ausreichend angenommen und keine überzeugenden Lösungen für eine nachhaltige Integration der Migranten/-innen gefunden. Dies habe den radikalen Rechten die Möglichkeit gegeben, die vorhandenen Defizite als Argumentationshilfe für ihre politische Programmatik auszunutzen.

## Auseinandersetzung mit Vorurteilen

Die „Mitte-Studien“ der Friedrich-Ebert-Stiftung zeigen am Beispiel Deutschlands, dass in der Bevölkerung latente rechtsextreme Einstellungen wie Chauvinismus und Ausländerfeindlichkeit sehr viel stärker verbreitet sind als bisher angenommen. Diese Einstellungen schlagen sich aber nicht unbedingt auf der Handlungsebene in entsprechendem Wahlverhalten, Parteimitgliedschaft oder Gewalttaten nieder.

Rechtsextremen und rechtspopulistischen Akteuren gelingt es aber zunehmend, diese potenziellen rechtsradikalen Einstellungen in der Bevölkerung anzusprechen und zu aktivieren. Deshalb müsse für jedes Land sehr genau untersucht werden, wie und in welchen gesellschaftlichen Milieus diese Einstellungen eingebettet sind und wie sie von den radikalen Rechten mobilisiert werden, so die Diskussionsteilnehmer/-innen. Dabei sollte man auch Akteure außerhalb der radikalen Rechten in den Blick nehmen, die aktiv zur Verbreitung von rechtsradikalen Einstellungen und Feindbildern beitragen, wie z. B. im Fall der sozialdarwinistischen Thesen des Berliner Politikers Thilo Sarrazin. Sehr wichtig sei außerdem, so die Expert/-innen, dass sich die Politiker/-innen demokratischer

Parteien intensiv mit den Vorurteilen in der Mitte der Gesellschaft auseinandersetzen und gemeinsam wirksame Gegenstrategien entwickeln.

## Kampf um den politischen Raum

Ein zentrales Problem sei, dass rechtsradikale Akteure den Abbau freiheitlich-demokratischer Werte vielfach unter der Behauptung vorantreiben, sie würden gerade diese Werte schützen. Diese Erosion der Werte stelle eine erhebliche Gefahr für demokratische Gesellschaften dar, waren sich die Diskutanten/-innen einig.

Viele rechtsextreme und rechtspopulistische Bewegungen beziehen sich in ihrem Programm wortwörtlich auf die traditionellen Grundwerte der europäischen Demokratien und stellen sich als die wahren Kämpfer für „Freiheit“ und „soziale Gerechtigkeit“ gegen ein korruptes Establishment dar. Sie besetzen diese Begriffe, um die damit verbundenen Werte für ihre Zwecke zu instrumentalisieren.

Mehrmals wurde in der Lunch Discussion betont, dass rechtsradikale Phänomene in Europa nicht mehr mit dem bekannten Instrumentarium an Begriffen zu fassen sind. So könne zum Beispiel nicht mehr automatisch davon ausgegangen werden, dass rechtspopulistische Parteien antisemitische Inhalte vertreten. Es seien zahlreiche Verschiebungen und neue Verbindungen im propagierten Wertgefüge der radikalen Rechten festzustellen.

Umso wichtiger sei es, die Inbesitznahme der Begriffe durch die Rechten öffentlich und offensiv zu bekämpfen und die Bedeutung wahrlich freiheitlich-demokratischer Werte für eine Gesellschaft zu verteidigen. In diesem Zusammenhang erinnerten die Diskutant/-innen an die Faschismusthese des deutsch-spanischen Politologen Juan Linz, der darauf hingewiesen hatte, dass undemokratische Kräfte wie Faschisten und Rechtsradikale nur dort Verbreitungschancen haben, wo Bereiche des politischen Raums nicht demokratisch besetzt sind.

Aus dieser These ergebe sich zwangsläufig die Frage, welcher Umgang mit rechten Akteuren im politischen Raum sinnvoll und erfolgversprechend sein kann. Langfristig liege die Lösung weder im Ignorieren der Akteure und Themen (cordon sanitaire), noch in der Übernahme ihrer Argumente oder gar in der politischen Kooperation mit rechtsradikalen Parteien im Parlament. Die Strategie der demokratischen Kräfte sollte vielmehr sein, sich of-

fensiv mit den Akteuren und Themen der radikalen Rechten auseinanderzusetzen, im öffentlichen Diskurs ihre demokratie- und freiheitsfeindlichen Ziele zu benennen und diesen die Werte einer offenen Gesellschaft entgegenzustellen.

## Gegen die Verrohung der politischen Kultur

Zu einer angemessenen Gegenstrategie gehört laut den Experten/-innen auch, aktiv und konsequent gegen die Verrohung der politischen Sprache und Kultur anzugehen, zum Beispiel im Falle von latent oder offen rechtsradikalen Äußerungen im Europäischen Parlament.

Die schleichende Durchsetzung des öffentlichen Diskurses mit rechtsradikalen Äußerungen und Argumentationen beschädige die demokratische politische Kultur und dürfe auf keinen Fall hingenommen werden. Politiker/-innen und Akteure aus Wirtschaft, Kultur, Medien und Zivilgesellschaft seien dazu aufgerufen, öffentlich für die freiheitlich-demokratischen Grundwerte einzutreten und sich eindeutig zu positionieren. An dieser Stelle wurde die problematische Rolle mancher Medien im öffentlichen Diskurs angesprochen. Wenn Boulevardmedien und teilweise auch „bürgerliche“ Medien zur Quoten- bzw. Auflagensteigerung das Vorurteil verstärken, „die Politiker“ seien allesamt grundsätzlich unfähig, pflichtvergessen und korrupt, bedienten sie auf fatale Weise die antidemokratischen und antiparlamentarischen Thesen der radikalen Rechten. Die eigentliche Rolle der Medien sei, ihre Verantwortung als „vierte Gewalt“ in einer Demokratie wahrzunehmen und kritisch und differenziert über politische Probleme und Missstände zu berichten.

## Debatte um Werte und Politikmodelle

Notwendig sei eine öffentliche Debatte zur gesellschaftlichen Verständigung über demokratische Werte und Politikmodelle. Zentrale Werte wie Freiheit und soziale Gerechtigkeit müssten als konstituierende Elemente von Sozialstaat und Demokratie diskutiert werden.

Die europäische Sozialdemokratie sei besonders gefordert, da die radikale Rechte in Europa – vor allem in den nordischen Ländern – ihre Werte und Wählerschaften häufig erfolgreich okkupiert. Diese Zusammenhänge sollten unvoreingenommen thematisiert und vermeintliche Gewissheiten auf den Prüfstand gestellt werden. In



*Demonstranten flüchten am 14.5.2011 am Mehringsdamm in Berlin bei einer Kundgebung von Rechtsradikalen vor den abziehenden Neonazis und der Polizei. Rund 150 Neonazis hatten sich zu einer Kundgebung eingefunden, gegen die rund 350 Gegendemonstranten protestierten.*

der Sozialdemokratie habe der Sozialstaat skandinavischer Prägung lange Zeit als Vorbild gegolten. Nun habe sich jedoch gezeigt, dass die radikale Rechte dieses Sozialstaatsmodell für sich vereinnahmt, indem sie behauptet, sie alleine würde es gegen Abbau und Missbrauch verteidigen. Mit wohlfahrtchauvinistischen Argumenten würden ökonomische Probleme mit Identitätsfragen verquickt und dadurch Wählerstimmen gewonnen. Der bisherige Gebrauch von Modellen und Argumentationsmustern sozialdemokratischer Politik müsste kritisch diskutiert werden, z.B. in Bezug auf Werte wie Verteilungsgerechtigkeit, gesellschaftliche Solidarität und Freiheit.

Die Identitäts- und Repräsentationskrise ist laut den Diskutanten/-innen für alle demokratischen Parteien eine alarmierende politische Herausforderung. Bezüglich der Zugangs- und Verteilungskrise sei in Deutschland allerdings besonders die SPD aufgerufen, aktiv zu werden. Dazu gehöre, unbequeme Themen aufzugreifen und darüber nachzudenken, wie eine menschenrechtlich orientierte Wirtschafts-, Sozial- und Bildungspolitik auf nationaler und europäischer Ebene künftig gestaltet und vermittelt werden sollte.

## **Demokratische Identität der europäischen Bürger/-innen stärken**

Da sich rechtsradikale Tendenzen in Europa auch als Reaktionen auf eine Krise der politischen Repräsentation und der Identität herausgebildet haben, ist es laut der

Experten/-innen außerdem wichtig, die demokratische Identität der europäischen Bürger/-innen zu stärken. Gegenwärtig gebe es multiple ethnische, nationale und religiöse Identitäten; eine gemeinsame demokratische Identität auf europäischer Ebene sei hingegen zu wenig ausgeprägt.

Daraus ergebe sich eine große Aufgabe für die Bildungsarbeit, die schon bei jungen Menschen ansetzen sollte, um möglichst früh demokratische Überzeugungen – gerade auch mit europäischem Bezug – zu entwickeln. Dazu könnte die Etablierung des Schulfachs „Demokratieerziehung“ sinnvoll sein.

Zentrale Normen und Werte einer pluralistischen, demokratischen Gesellschaft sollten als Garanten individueller Grundrechte klar herausgestellt und den jungen Bürger/-innen vermittelt werden.

Das ist laut den Lunch Discussion-Teilnehmer/-innen eine gemeinsame Herausforderung für alle europäischen Staaten. Angesichts einer zunehmend komplexen, globalisierten Welt und der Vielfalt Europas sei es notwendig, über eine demokratische Identität der europäischen Bürger/-innen Gemeinsamkeit herzustellen. Nur so könne in Zukunft ein freiheitliches und friedliches Zusammenleben in Europa erreicht werden.

## Über die Autorin:

**Dr. Angela Borgwardt** ist Politologin und arbeitet als freie wissenschaftliche Publizistin und Redakteurin, u. a. zu den Themen Demokratieförderung, Machtanalyse, soziale Ungleichheiten und gesellschaftliche Konflikte.

Das Projekt **„Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus“** im Forum Berlin der Friedrich-Ebert-Stiftung bietet kontinuierlich Veranstaltungen, Publikationen und Seminare zu aktuellen Erscheinungsformen des Rechtsextremismus und zu effektiven Gegenstrategien an.

Die **Publikationsreihe „Impulse gegen Rechtsextremismus“** bündelt die wichtigsten Ergebnisse unserer Veranstaltungen. Sie wird ergänzt durch die **Publikationsreihe „Expertisen für Demokratie“**, welche ausgewählte Fachbeiträge zu aktuellen Fragestellungen aus der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus dokumentiert.

*Das Projekt „Internationale Vernetzung der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus“ (koordiniert durch das FES-Projekt „Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus“) wird im Rahmen des XENOS-Programms „Ausstieg zum Einstieg“ gefördert durch das Bundesministerium für Arbeit und Soziales und den Europäischen Sozialfonds.*

Wenn Sie auch zukünftige Ausgaben der „Impulse gegen Rechtsextremismus“ erhalten möchten, senden Sie bitte eine E-Mail mit Ihren Kontaktdaten an [forum.rex@fes.de](mailto:forum.rex@fes.de).

Mehr Informationen zu der Veranstaltung und der Arbeit der FES für Demokratie und gegen Rechtsextremismus finden Sie unter [www.fes-gegen-rechtsextremismus.de](http://www.fes-gegen-rechtsextremismus.de).

